

- Organisation faitière des petites et moyennes entreprises PME
- Dachorganisation der kleinen und mittleren Unternehmen KMU
- Organizzazione mantello delle piccole e medie imprese PMI
- Umbrella organization of small and medium-sized enterprises SME

sgv  usam

info

 Schweizerisches Institut für Unternehmerschulung
Institut suisse pour la formation des chefs d'entreprises

06/2008

Bern, 01. Juli 2008 Lu/rs

SGV

Aus unserer Sicht...

	Seite
⇒ Wirtschaft lanciert die Kampagne für die Personenfreizügigkeit	61
⇒ EU-Berufsleute müssen gleich qualifiziert sein	63
⇒ Rot-Grüne wollen an Road-Pricing-Versuchen festhalten	64
⇒ Nacht- und Sonntagsarbeit für Lehrlinge	65
⇒ Metallpreise spielen verrückt	66

...Mitteilungen von unseren Mitgliedorganisationen... (NEWS)

⇒ Negatives Auto-Bild	67
⇒ GAV für die Temporären	67
⇒ Aufruf zu Toleranz	67
⇒ Einsprache abgelehnt	68

...und: (STATISTIK)

⇒ Statistik I: Weiter steigende Sozialausgaben	69
⇒ Statistik II: 10'700 Konkurseröffnungen	70

SIU

SIU-Aktuell:

⇒ Im Mai 2008 Start der Höheren SIU-Fachkurse zur Vorbereitung auf die Höhere Fachprüfung	80
⇒ Der Höhere SIU-Fachkurs – DIE MANAGEMENTAUSBILDUNG	84
⇒ Der Höhere SIU-Fachkurs	85
⇒ Das SIU bietet Kurse an, bestens zugeschnitten auf gewerbliche KMU	86
⇒ Die SIU-Unternehmerschulung – DIE betriebswirtschaftliche Weiterbildung	89
⇒ DIE branchenneutralen Management-Ausbildungen für das Gewerbe	91
⇒ Unternehmerschulungskurs – Höherer SIU-Fachkurs	92
⇒ Im November 2008 Start der zweiten Durchführung des neuen Lehrganges Dipl. Geschäftsführer/in KMU SIU	93
⇒ Bilden Sie sich weiter – seien Sie der Konkurrenz einen Schritt voraus	94
⇒ Grundlagen der Finanzbuchhaltung	95
⇒ SIU – Schriftenreihe	96

Den bilateralen Weg sichern

Die Schweizer Wirtschaftsdachverbände haben diese Woche an einer Medienkonferenz in Zürich ihre Kampagne für Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit lanciert.

Die Personenfreizügigkeit ist das Herz der bilateralen Abkommen der Schweiz mit der EU. Sie ist für den Wirtschaftsstandort Schweiz von grösster Bedeutung. Die Erfahrungen zeigen: Die Freizügigkeit und die mit ihr verbundenen sechs Verträge der Bilateralen I haben zu mehr Wachstum, Arbeitsplätzen und Wohlstand geführt. Die Wirtschaftsdachverbände setzen sich mit aller Kraft für die erfolgreichen Bilateralen ein. Mit dem frühen Kampagnenstart unterstreichen sie die Wichtigkeit der Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien für unser Land.

SGV: Risiko vermeiden

Das Gewerbe betrachtet das Freizügigkeitsabkommen als entscheidenden Schlüssel zum bilateralen Weg der Schweiz mit der EU. Edi Engelberger, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV) wies insbesondere auf die Guillotine-Klausel hin: Ein Nein zum Freizügigkeitsabkommen würde auch die anderen sechs Abkommen der Bilateralen I auflösen. Engelberger betonte: „Die Aussicht auf eine Aufkündigung des Freizügigkeitsabkommens wird in KMU-Kreisen als Katastrophenszenario bezeichnet. Das Gewerbe kann dieses Risiko nicht eingehen.“ Im Hinblick auf die Ausdehnung der Freizügigkeit ist kaum mit Negativeffekte zu rechnen. Darüber hinaus habe sich die Schweiz gegen allfällige Risiken zusätzlich mit den flankierenden Massnahmen und einer kontrollierten, schrittweise Öffnung mit Schutzklauseln im Falle übermässiger Zuwanderung abgesichert. „Der SGV unterstützt daher die Ausdehnung der Freizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien“, hielt Engelberg fest.

Marktzugang sichern

Die Schweiz verdient jeden dritten Franken im Handel mit der EU. Jeder dritte Arbeitsplatz ist direkt oder indirekt von den Beziehungen mit der EU abhängig. Für die Wirtschaft sind deshalb gute, stabile Rahmenbedingungen zwischen der Schweiz und der EU zentral. Für Gerold Bühler, Präsident economiesuisse, ist klar: „Die positiven Effekte des erweiterten Arbeitsmarktes sowie des weitgehend diskriminierungsfreien Zugangs zum EU-Binnenmarkt haben in den vergangenen drei Jahren wesentlich zur Schaffung von 190 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen beigetragen.“ Bühler betonte, dass die Sicherheit durch die verschärften Rückübernahmeabkommen gewährleistet ist: „Selbstverständlich steht auch die Wirtschaft voll hinter einer rigorosen Kriminalitätsbekämpfung und der strikten Ausweisung von Delinquenten.“

Kein „Sozialtourismus“

Auch Rudolf Stämpfli wies darauf hin, dass die Schweiz auf qualifizierte Arbeitskräfte aus der EU angewiesen ist. „Die Zuwanderung erfolgt kontrolliert und nach den Bedürfnissen der Wirtschaft. Es sind keine Verdrängungseffekte festzustellen.“ Dem Vorwurf, dass die Freizügigkeit zu ‚Sozialtourismus‘ führe, widerspricht der Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes vehement: „Im Gegenteil: Unsere Sozialwerke – allen voran die AHV – profitieren vom höheren Beitragsaufkommen der Zuwanderer.“

Gut für die Romandie

Bernard Rüeger, Präsident der Waadtländer Industrie- und Handelskammer und Unternehmer betonte, dass auch die Romandie von den bilateralen Abkommen profitiert: In allen Westschweizer Kantonen sei die Arbeitslosigkeit zurückgegangen. Die Bilateralen hätten massgeblich dazu beigetragen. Rüeger bezeichnet die neuen EU-Mitgliedstaaten zudem als Aufschwungsländer mit Wachstumsraten von 5 bis 6 Prozent und einem vielversprechenden Potenzial, auch für Westschweizer Unternehmen. Rüeger will die Früchte der Bilateralen auch weiterhin ernten, denn „der bilaterale Weg ist ein Erfolg auf der ganzen Linie“.

pd

Doris Leuthard hat Verständnis

Der Bundesrat will dafür sorgen, dass ausländische Berufsleute in „heiklen“ Branchen gleich qualifiziert sind wie die Schweizer. Zudem sollen die Berufsverbände vermehrt mitreden können.

Die Personenfreizügigkeit führt dazu, dass immer mehr ausländische Handwerker in der Schweiz arbeiten. Sie sind auch in Berufen tätig, in welchen wegen Sicherheits- und Hygieneproblematik besonders hohe Anforderungen gestellt werden. Dies gilt vorab für die Elektroinstallations- und Sanitärbranche. Exponenten der betroffenen Branchenverbände VSEI und suissetec verlangen, dass ausländische Fachleute über entsprechende Ausbildungen verfügen, bevor sie in der Schweiz arbeiten können. Wie der Besuch einer VSEI-Delegation bei Bundesrätin Doris Leuthard zeigte, hat die Wirtschaftsministerin Verständnis für dieses Anliegen. Sie setzt sich dafür ein, die in der massgeblichen EU-Richtlinie 2005/36/EG (welche die Schweiz in absehbarer Zeit übernehmen wird) eingeräumte Möglichkeit von Nachprüfungen voll auszunützen. Dabei sollen die Berufsverbände die Validierung der ausländischen Ausbildung selbst vornehmen können. Alle sind sich einig, dass das hohe Niveau unserer Berufsleute und die hohe Ausbildungsqualität durch die Übernahme von EU-Richtlinien nicht gesenkt werden dürfen. Gemäss Bundesrätin Leuthard sollen die Ausgleichsmassnahmen deshalb zur Regel werden. Da der Vollzug aber noch nicht geregelt ist und die Berufsverbände miteinbezogen werden wollen, nimmt sie dieses Anliegen auf und bittet das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT), das als Koordinationsstelle funktionieren soll, dem Rechnung zu tragen. Grundsätzlich erwartet aber Leuthard, dass sich die Berufsverbände mit ihren Anliegen vermehrt aktiv einbringen und sich etwa im Rahmen des europäischen Qualifikationsrahmens gut positionieren.

Das BBT wird nun ein Informationsblatt verfassen mit dem Fahrplan und den verschiedenen Themenbereichen. Mit von der Partie ist aber auch der Gewerbeverband, der diverse Koordinationsaufgaben übernehmen wird. Die Verantwortung liegt bei Vizedirektorin Christine Davatz, die derzeit auch Netzwerk SQUF leitet. Sie war bei der Aussprache mit Bundesrätin Leuthard dabei.

Missachtung des Parlaments

Das Parlament hat den Wunsch des Bundesrates nach Road-Pricing-Versuchen klar begraben. Das Departement Leuenberger hat das Vorhaben jedoch nicht aufgegeben – und wird von rot-grünen Stadtregierungen in dieser Haltung unterstützt.

„Legislaturplanung 2007–2011“, heisst das Vierjahresprogramm, in dem die Landesregierung ihre politischen Prioritäten auflistet. Eine davon ist die Absicht, „Voraussetzungen für Versuche mit Road Pricing in städtischen Gebieten“ schaffen. Doch wie schon der Ständerat, schaltete letzte Woche darauf auch der Nationalrat die Ampei auf Rot und begrub mit 109 gegen 68 den Wunsch des Bundesrates.

Seltsame Argumente

Nur eine rot-grüne Minderheit unterstützte das Anliegen der Regierung. Strassenbenutzungsgebühren vereinten „verursachergerechte Verkehrsfinanzierung mit intelligentem Verkehrsmanagement“, sagte die Berner SP-Volkvertreterin Evi Allemann. Der Zürcher Jung-Grüne Bastien Girod warb gar mit dem dumm-dreisten Argument, so komme das lokale Gewerbe flüssiger voran. Da hielt der Stadtbasler Gewerbedirektor, FDP-Nationalrat Peter Malama klar entgegen: „Strassenzölle führen zum Aussterben der Innenstädte.“ Dem Bundesrat gehe es wohl nur um das „Generieren von neuen Staatseinnahmen“. Dabei werde der Individualverkehr heute schon genug geschröpft. Das sah auch die grosse Mehrheit des Nationalrates so und sagte Nein zum „Road Pricing“.

Aufgrund des unmissverständlichen Verdiktes der Bundesversammlung erwarten die Gegner der „City-maut“, dass der Bundesrat die Konsequenzen zieht und die Vorarbeiten für ein befristetes Bundesgesetz zur Durchführung von Road-Pricing-Versuchen sofort einstellt. „Alles andere käme einer Missachtung des Parlaments“, betont Agathe Tobola Dreyfuss, Verantwortliche für Verkehrsfragen beim SGV. Ins gleiche Horn stösst Niklaus Zürcher, Präsident der Dachorganisation strassenschweiz: „Die Verwaltung darf den politischen Entscheid der Vertreter von Volk und Kantonen nicht missachten. Das wäre willkürlich und arrogant.“

Linke beharrt auf „Option“

Allerdings gibt es aus dem Verkehrsministerium offenbar gegenteilige Signale. Die grüne Stadtberner Baudirektorin Regula Rytz betonte dass das Road Pricing für Bern trotz Ablehnung im Parlament eine „Option“ bleibe. Dies geschehe im Einklang mit den Bundesbehörden, die an ihren Plänen festhalten und demnächst unter den in Frage kommenden Städten eine Vernehmlassung über die gesetzlichen Grundlagen für Road-Pricing-Versuche starten möchten. Katrin Schneeberger, die Generalsekretärin der Baudirektion, setzte noch einen drauf: Sie scheuchte nicht davor zu behaupten, dass das eidgenössische Parlament „nur“ die Prioritäten 2007 – 2100 anders gesetzt und das Road Pricing nicht grundsätzlich abgelehnt habe. Ähnliche Töne waren aber auch von rot-grünen Exponenten in Zürich, Genf und Lausanne zu vernehmen.

Notfalls Referendum

Die rot-grünen Verkehrs-Raubritter machen die Rechnung allerdings ohne das Parlament, wie SGV-Fachfrau Tobola Dreyfuss unterstreicht: „Die Räte müssen sowohl einem Gesetz über Pilotprojekte als auch einer Verfassungsänderung zur Einführung von Strassenzöllen zustimmen. Und notfalls sei auch noch der Gewerbeverband, der mit seinen Verbündeten, den Verkehrs- und Detailhandelsverbänden, mit Sicherheit das Referendum ergreifen würde.“

Patrick M. Lucca

Unbequeme Fragen an das Seco

Die frisch in den SGV-Vorstand gewählte Aargauer Nationalrätin Silvia Flückiger macht ihr Versprechen wahr, sich energisch für gewerbliche Anliegen zu engagieren. Den Anfang macht sie mit einer Interpellation zur Problematik der Nacht- und Sonntagsarbeit für Lehrlinge.

Anfang 2008 ist bekanntlich die neue Jugendschutzverordnung in Kraft getreten. Dabei wurden unter anderem die Zuständigkeiten für die Ausstellung von Bewilligungen für die Nacht- und Sonntagsarbeit von Jugendlichen neu geregelt. Dauernde oder regelmässig wiederkehrende Sonntagsarbeit wird vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco), vorübergehende Sonntagsarbeit bis zu sechs Sonntagen pro Jahr von der kantonalen Behörde bewilligt. Das Seco verhält sich dabei sehr restriktiv und lehnte bereits mehrere Gesuche für Sonntags- und Nachtarbeit ab.

„Damit wird die für unser duales Berufsbildungssystem zentrale Bildung in beruflicher Praxis in den betroffenen Berufen erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht. Dies hat zur Folge, dass in verschiedenen Berufsfeldern, wie etwa im Lebensmittelbereich, im Detailhandel oder der IT-Branche der Anreiz der Betriebe sinkt, weiterhin Lehrstellen zur Verfügung zu stellen“, hält Sylvia Flückiger fest.

Die Aargauer SVP-Volksvertreterin fordert die Landesregierung auf, die folgenden Fragen zu beantworten:

- Ist der Bundesrat der Meinung, dass die restriktive Bewilligungspraxis des seco bei der Sonntagsarbeit eine praxisnahe Ausbildung in verschiedenen Branchen beeinträchtigt?
- Was sagt der Bundesrat zu einem übertriebenen Jugendschutz, der die Besetzung und Erhaltung von Lehrstellen ernsthaft gefährdet und damit den Übergang der Jugendlichen von der Schule in den Beruf erschwert?
- Ist der Bundesrat bereit, beim seco zu intervenieren, damit die zu restriktive Bewilligungspraxis bei der Sonntagsarbeit gelockert wird ?
- Gedenkt der Bundesrat über die Sonntagsarbeit hinaus gewisse Vorschriften zu lockern, damit der Anreiz – namentlich für KMU – genügend Lehrstellen zur Verfügung zu stellen, verbessert werden kann?

Extreme Schwankungen

Experten rechnen weiterhin mit überdurchschnittlichen Preisausschlägen bei Metallen – nach oben oder unten. Daher empfiehlt die Schweizerische Metall-Union SMU, Offerten auch in Zukunft mit einer Preisgleitklausel zu versehen.

Die zunehmende Nachfrage nach Metall treibt seit Jahren die Rohstoffpreise an. Chromnickel und Zinkbleche zeigen seit März 2007 eine rückläufige Tendenz. Im Gegenzug wirken sich steigende Energiekosten massiv aus. Das Handelspreisniveau ist nach wie vor sehr hoch.

Spekulation und Energiekosten

Seit mehreren Jahren schiebt die weltweit steigende Nachfrage die Preise an. Dieser Trend aus den vergangenen fünf Jahren gilt jedoch nicht mehr uneingeschränkt. Weltweit rechnen Experten mit überdurchschnittlich stark schwankenden Kursen auf insgesamt hohem Preisniveau. Ein Grund ist, dass an den Rohstoffbörsen zunehmend mit Metall spekuliert wird. Preisschwankungen sind vorprogrammiert. Hinzu kommen stetig wachsende Energiekosten. Der Preis von Heizöl ist seit März 2007 um fast 60 Prozent gestiegen. Profil- und Stabstahl sind bis März 2008 innerhalb eines Jahres um etwa 9 Prozent teurer geworden. Hier setzt sich die Preisentwicklung fort. Umgekehrt hat sich im vergangenen Jahr der Trend bei Chromnickel- und Zinkblechen. Die Kosten sind um etwa 28 Prozent bzw. 35 Prozent gesunken. Aufgrund der hohen Energiekosten ist jedoch bei den Endprodukten keine effektive Preisreduktion spürbar.

Die wechselnden Notierungen an den Rohstoffbörsen und die steigenden Energiekosten schlagen sich auch auf den Preis für Endverbraucher nieder. Vorübergehende Preissenkungen sollten nicht über den allgemeinen Trend hinwegtäuschen: Der Bedarf an Metall ist immens und wächst weiter – Materialpreise sind alles andere als fix. Aus diesem Grund regt die Schweizerische Metall-Union an, nur Offerten mit einer Preisgleitklausel auszugeben. Die Offerte ist damit nicht fest bis Bauvollendung und wird mit den aktuell gültigen Preisen kalkuliert. Effektive Materialpreise werden erst bei der Schlussabrechnung eingesetzt. Vor weiteren Preissteigerungen warnt auch der Schweizerische Stahl- und Haustechnikhandelsverband SSHV. Der Schrottpreis habe im Mai bereits die Marke von 600 Franken pro Tonne überschritten. In einer aktuellen Mitteilung an die Mitglieder geht der SSHV davon aus, dass sich die Situation auf dem Beschaffungsmarkt weiter verschärfen wird.

Hochhäuser sind teurer

Gerade im asiatischen Raum wird gebaut, was das Zeug hält. Platzmangel ist ein grosses Problem, denn langsam wird es eng. Man baut deshalb immer höher. Und so wächst neben den Gebäuden in Asien der Preis für metallische Baustoffe – auch in der Schweiz. Dazu gehören beispielsweise Stab- und Profilstahl. Beide Produkte werden für Pfosten und Träger benötigt und sind eine entscheidende Basis für Gebäudekonstruktionen jeder Art. Chromnickelstahl und vor allem Zinkbleche werden für Dachbedeckungen, Fassaden oder Regenrinnen genutzt. Sie zeichnen sich durch eine sehr hohe Haltbarkeit aus.